

Glaubenskriege – „Russlandverstehler“ und Russlandgegner in Deutschland

Autor: Prof. Dr. Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar

Die sogenannten „Russlandverstehler“ und die Russlandgegner stehen sich in Deutschland unversöhnlich gegenüber. Der folgende Beitrag versucht eine Kategorisierung dieser Gruppen sowie eine Bewertung der Hintergründe.

Inhalt

I. Einleitung.....	2
II. Die Russlandgegner	2
1. Die Menschenrechtler und Werteverteidiger	2
2. Die konservativen Russlandgegner	3
a. Bürgerrechtler	3
b. Die Transatlantiker	4
c. Die „kalten Krieger“	4
3. Völkerrechtler.....	4
4. Die Osteuropa-Experten.....	5
5. Die Medien	6
II. Die „Russlandverstehler“	7
1. Wirtschaft und Ihre Vertreter	7
2. Die Linke	8
3. Russlandexperten, die Russland positiv gegenüber stehen	9
4. Die Verschwörungstheoretiker und Antiamerikanisten.....	9
III. Phalanx gegen Phalanx: Starrheit, Unwissenheit, fehlende Forschung	10

I. Einleitung

Der Krieg in der Ukraine hat auch einen in Deutschland seit Jahren schwelenden Konflikt zweier Lager befeuert, die sich mittlerweile scheinbar unversöhnlich gegenüberstehen und jede Talkrunde zu diesem Thema zu einer sehr vorhersehbaren Veranstaltung werden lassen: „Russlandversther“ auf der einen und Russlandgegner anderen Seite. Am deutlichsten wurde dieser Gegensatz zuletzt durch einen Aufruf namhafter „Russlandversther“ – so zwei Altkanzler – in der „Zeit“, der vor einer Eskalation der Auseinandersetzung mit Russland warnte.¹ Gleich darauf erfolgte eine heftige Gegenreaktion einer Reihe von Osteuropa-Experten, die sich gegen diesen Aufruf stellten und den Russlandbefürwortern Unverständnis und Ignoranz vorhielten.²

Die Vehemenz und Unnachgiebigkeit, mit welcher dieser Streit, insbesondere auch unter den Osteuropaexperten, geführt wird, offenbart nicht nur die Defizite, die durch die Vernachlässigung der Ostforschung in den vergangenen Jahrzehnten in Wissenschaft und Politik entstanden sind, sondern auch das Fehlen einer Diskussionskultur, die einen konstruktiven Austausch von Argumenten scheinbar unmöglich macht. Man kann bisweilen schon froh sein, dass die Realpolitik der Bundesregierung sich nur wenig an der Radikalität mancher Experten-Meinungen zu orientieren scheint.

Beachtenswert dabei ist, dass die Russland- bzw. Ukraine-Krise in Deutschland zu Koalitionen von Personen und Vereinigungen geführt hat, die sich normaler Weise kaum die Hand geben würden. Parteipolitische Grenzen werden gesprengt, Vertreter der Wirtschaft verbünden sich mit Linken, Grüne und Wertkonservative sind auf einmal einer Meinung, bisherige Gegner werden zu Freunden und umgekehrt.

Wer sind aber die Protagonisten der Russlandbefürworter und Russlandgegner in Deutschland? Der Versuch eines Überblicks:

II. Die Russlandgegner

Zunächst seien die verschiedenen Gruppierungen, aus denen sich die Russland-Gegner zusammensetzen, sowie ihre Argumente dargestellt:

1. Die Menschenrechtler und Werteverteidiger

Eine starke Gruppe der Russlandgegner wird vor allem von den Verteidigern der Menschenrechte und demokratischer Werten gegenüber Russland gebildet, wobei sich hier eine parteiübergreifende

¹ <http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>.

² Aufruf der Russland Gegner: <http://www.tagesspiegel.de/politik/gegen-aufruf-im-ukraine-konflikt-osteuropa-experten-sehen-russland-als-aggressor/11105530.html>

Koalition bildet. Sie sehen sich als moralische Instanz, die aufgrund der Höhe der von ihnen verteidigten Rechtsgüter einfach im Recht sein muss. Jede Relativierung und Versuch eines Kompromisses erscheint daher gleich wie ein Verrat an diesen übergeordneten Werten. Diese Gruppe geht sogar soweit, diese Ideale im Zweifel mit „robusten“ Mandaten, also durchaus auch mit militärischer Unterstützung in der Ostukraine durchzusetzen.³ Hierbei dient der – nicht zu leugnende – Völkerrechtsbruch Russlands als argumentative Begründung.

Das Gefühl der moralischen Überlegenheit führt teilweise auch zu einer gewissen Arroganz, mit der Argumente der so genannten „Russlandversther“ einfach weggewischt werden. Da zählt nicht einmal, dass es sich hierbei um ehemaliger Politiker mit zusammengenommen jahrhunderter alter Erfahrung im außenpolitischen Bereich handelt.

Dies ist umso verwunderlicher, als dass solche Forderungen nach harten Maßnahmen zum Schutz westlicher Werte bisweilen aus der Richtung der politischer Parteien und Organisationen kommen, die eigentlich der Friedensbewegung zuzurechnen sind. Einer der theoretischen Hintergründe hierfür ist wohl zum einen eine stark antifaschistische Ausrichtung dieser Organisationen und NGOs, die in Russland ein autoritär bis faschistisch geführtes Land sehen, dessen Führung auf jeden Fall bekämpft werden muss. Ferner verfügen diese Gruppen auch über einen gewissen Missionseifer, der davon ausgeht, dass der Zwang zur Verbesserung der Lage führen wird, so dass sich hierdurch auch der Ruf nach stärkeren Sanktionen und Maßnahmen bis hin zu Waffenlieferungen an die Ukraine rechtfertigen lässt.

2. Die konservativen Russlandgegner

In diesem argumentativen Fahrwasser können sich dann auch Vertreter der Konservativen wiederfinden, die sich wiederum in drei Gruppierungen gliedern lassen: Bürgerrechtler, Transatlantiker und „kalte Krieger“.

a. Bürgerrechtler

Die erste Untergruppe wird aus den Vertretern der Bürgerrechtsbewegung gebildet, insbesondere aus der ehemaligen DDR, welche die Erfahrung gemacht hat, dass eine freiheitlich orientierte Bewegung immer zu einer Besserung der Verhältnisse führt und die somit automatisch auf Seiten der Bürgerrechtsbewegung in der Ukraine und gegen pro-russische Einflüsse stehen. Sie sind quasi per se mit jeder Bürgerrechtsbewegung – so auch in der Ukraine – solidarisch.

Sicherlich ist dieser Gedankengang nachvollziehbar, wenn eine ganze Bevölkerung auf die Straße geht mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ auf den Lippen und eine Regierung hinwegschwemmt. In der Ukraine war und ist die Lage in der Bevölkerung viel zu heterogen, um hiermit einen Vergleich ziehen zu können. Schon nach der Revolution im Jahre 2004 musste klar sein, dass die Ukraine ein in prowestlich und eher prorussische Kräfte gespaltenes Land ist. In Russland ist eine solche Revolution „von unten“ zurzeit völlig undenkbar; die Unterstützung Putins Politik in der Bevölkerung ist dafür

³ Sapper, Editorial, Osteuropa 9-10, 2014.

viel zu groß. Insofern kommt diese bürgerrechtliche Unterstützung nur in Teilen der ukrainischen Bevölkerung gut an und in Russland gar nicht bzw. ist dort sogar kontraproduktiv.

b. Die Transatlantiker

Eine zweite Untergruppe der Konservativen sind die so genannten „Transatlantiker“, die vornehmlich aus dem Westen der Republik stammen und grundsätzlich eher geneigt sind, amerikanischen Vorgaben zu folgen. Für sie ist die USA immer noch der Garant für Stabilität und Sicherheit.

Dabei übersehen sie allerdings die unterschiedlichen Interessenlagen zwischen den USA und Europa. Zum einen ist die große geographische Entfernung zwischen den USA und dem Konflikt in der Ukraine sicherlich ein Grund für führende Vertreter der amerikanischen Administration, forsch aufzutreten. Zum anderen sind vom wirtschaftlichen Standpunkt her Russland, die Ukraine und Osteuropa insgesamt sowie der Frieden in dieser Region für die USA her wohl weniger bedeutend und dringlich, als für Europa und insbesondere Deutschland. Beispiel hierfür ist die Energieabhängigkeit Europas von Russland.

c. Die „kalten Krieger“

Unter den Konservativen gibt es dann schließlich noch die Gruppierung, die man die „alten kalten Krieger“ nennen könnte. Sie stützen ihre Forderung, Russland gegenüber unnachgiebig aufzutreten, vor allem auf die Erfahrung aus dem kalten Krieg, im Rahmen dessen die ehemalige Sowjetunion durch unerbittliche Aufrüstung in die Knie gezwungen wurde, so etwa auch durch den NATO-Doppelbeschluss. Sie sind der Auffassung gegenüber Russland genauso wieder funktionieren wird.

Problematisch bei dieser Ansicht ist allerdings, dass sich die Situationen damals und heute nur schwer vergleichen lassen. Handelte es sich etwa zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses um zwei monolithische Machtblöcke, die sich mit hochgerüsteten Waffenarsenalen gegenüber standen, so ist das Bild heute wesentlich differenzierter: es gibt nur noch einen militärischen Machtblock, nämlich die NATO, die sich auf Bitten der Länder wie Polen, der baltischen Staaten, Tschechien ausgedehnt hat. Die Machtstrukturen und Interessen sind sowohl in Russland auch in der westlichen Welt viel heterogener. Und vor allem: die Stimmung in Russland ist aufgeheizt, vielleicht sogar aggressiver als im kalten Krieg, so dass jede weitere „Provokation“ aus dem Westen begehrt aufgenommen wird, um selber wieder Maßnahmen zur Aufrüstung und Eskalation einzuleiten. Auch ist Russland wirtschaftlich wohl nicht angeschlagen genug, um in absehbarer Zeit einzuknicken.

3. Völkerrechtler

Auch die Völkerrechtler stehen geschlossen gegen Russland. Das wichtigste völkerrechtliche Argument zulasten Russlands ist nicht nur der klare und unbestreitbare Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim, sondern auch, dass alle Völker selbstbestimmt darüber entscheiden sollten, welchen Bündnissen, also der EU oder gar der NATO angehören sollten. Vergleiche mit möglichem völkerrechtswidrigem Verhalten des Westens, etwa im Beispiel des militärischen Eingreifens des Westens im Kosovo, werden aufgrund der damaligen Bedrohungslage als nicht vergleichbar

angesehen.⁴ Tatsächlich lässt neben dem Verweis auf Menschenrechte das Völkerrechtsargument kaum einen Widerspruch zu. Durch den Begriff des „Rechts“ wird dieses Argument geadelt und wie eine objektive Tatsache über die Politik gestellt. Schließlich ist Russland auch Mitglied des Europarates und hat dementsprechend die Menschenrechtskonvention zu achten.

Problematisch ist hierbei jedoch, dass die bindende Wirkung des Völkerrechts nur rudimentär ist und vor allem auf allgemeiner Akzeptanz beruht bzw. darauf, dass sich die Staaten dem Völkerrecht unterwerfen. Damit geht das Völkerrecht wieder in Politik über. Das nationale Wohl bzw. politische Aspekte werden mit Völkerrecht abgewogen.

Dies lässt sich am Beispiel des Denkens in Einflussphären zeigen: diese, so die verbreitete Ansicht, gehören der Vergangenheit an.⁵

Dies mag in der Theorie auch richtig sein. Am Beispiel der bis heute gültigen Monroe-Doktrin lässt sich jedoch das Gegenteil belegen.⁶ Um ein Beispiel zu wählen: man stelle sich vor, in Mexiko läge die halbe amerikanische Pazifikflotte vor Anker und nun käme in Mexiko-City eine extrem Russlandfreundliche Regierung an die Macht, die auch damit drohte, die in Mexikanischen Häfen liegende Schiffe zu beschlagnahmen. Keiner wird ernsthaft behaupten können, dass die USA hier nicht ihren Einfluss bis hin zu militärischem Eingreifen geltend machen würden.

4. Die Osteuropa-Experten

Aber auch im Kreise der Osteuropa-Experten bzw. Wissenschaftler ist die Meinung weit verbreitet, dass man Russland mit einer „klaren Kante“ begegnen müsse. Die Philippika der Osteuropa-Historikerin Wendland gibt Zeugnis hiervon.⁷ Dies wird zum einen mit Verweis auf den Völkerrechtsbruch auf der Krim und nunmehr auch in der Ostukraine begründet. Häufig wird aus den Reihen der gegen Russland eingestellten Ostwissenschaftler der Vorwurf gegenüber den so genannten „Russlandverstehern“ insbesondere aus der Wirtschaft laut, letztere seien nur auf Profite aus und ihnen fehle die notwendige Sachkenntnis.

Diese Argumentation ist jedoch gefährlich. Zum einen existiert eine Vielzahl durchaus namhafter Experten und Politiker, die sich Zeit ihres Lebens intensiv mit Russland befasst haben und trotzdem eine positivere Haltung gegenüber Russland einnehmen.⁸

⁴ http://www.ostinstitut.de/documents/Krimkrise_und_Kosovo.pdf.

⁵ So hat z. B. der Bundespräsident Joachim Gauck „altes Denken in Macht- und Einflussphären“ kritisiert, vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/joachim-gauck-bundespraesident-warnt-eu-vor-nationalstaateri-a-977901.html>.

⁶ „So vertreten die USA in ununterbrochener Kontinuität die Position, dass sie sich durch das Völkerrecht nicht einengen lassen. Seit der Monroe-Doktrin von 1821 schlagen sie dementsprechend gerade in ihrem Vorfeld, in Latein- und Mittelamerika, auch militärisch zu.“ Luchterhand, Landeszeitung Lüneburg, 6.3.2014.

⁷ Wendland, Hilflos im Dunkeln, Osteuropa, 9-10, 2014, S. 13 ff.

⁸ So beispielsweise einer der Initiatoren des Aufrufes in der Zeit, Horst Teltischik, ferner Helmuth Schmidt, Gerhard Schröder.

Gravierender ist jedoch, dass man mit selbiger Berechtigung fragen kann, wo denn die Experten waren, als gegenüber Russland die großen Fehler gemacht wurden, die u.a. zu der heutigen Situation beigetragen haben. Wo waren diejenigen, die sich doch aufgrund ihrer Kenntnisse und intensiven Befassung mit Russland in den vergangenen Jahren hätten merken müssen, dass sich in Russland so etwas wie ein Versailles-Effekt aufbaute, der jetzt in vollkommene Ablehnung des Westens umschlägt. Wo waren die zur Vorsicht mahnenden Stimmen, Russland aktiv mit einzubinden, als die NATO-Osterweiterung – sicherlich mit Willen der Beitrittsländer – voranschritt? Wo waren denn die Wissenschaftler, die darauf hätten aufmerksam machen können, das es vielleicht ungeschickt ist, fünf Jahre mit der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen zu verhandeln, ohne Russland in die Verhandlungen einzubeziehen?

Politische und historische Wissenschaft hat vor allem etwas damit zu tun, die Stimmungslage eines Volkes zu erfassen. Dies ist offensichtlich nicht geschehen, womit tatsächlich Zweifel an der Existenzberechtigung dieses Forschungszweiges bekommen kann (dies gilt übrigens nicht nur für Russland, sondern auch für andere gesellschaftswissenschaftliche Bereiche, wie man am Beispiel des arabischen Frühlings sehen kann).

Nur der Vollständigkeit halber ist auch die zwischen Osteuropa-Historikern, namentlich zwischen Herrn Prof. Baberowski⁹ und Frau Dr. Wendland¹⁰ geführte Diskussion zu erwähnen, bei der die Frage im Mittelpunkt steht, ob die Nationalidee der Ukraine überhaupt künstlich, somit die Ukraine eigentlich eher eine Zufallsprodukt der Geschichte und das Staatsgebiet instabil sei. Sicherlich, Wendland gelingt es überzeugend nachzuweisen, dass die nationalstaatliche Idee der Ukraine durchaus begründet ist. Ohne Zweifel ist diese Diskussion auch für die Legitimation der Ukraine als Staat wichtig. Die These Baberowskis, der die Ukraine eher als ein künstliches Gebilde ansieht, entspricht jedoch mehr der wirtschaftlichen und politischen Realität. Tatsächlich ist die Ukraine im Wesentlichen entweder von Russland (z.B. im Hinblick auf Energie) und von Europa (im Hinblick auf sonstige finanzielle Unterstützung) abhängig und tut sich schwer, eigene staatliche Strukturen aufzubauen. Insofern hilft eine theoretische Untermauerung der Legitimität eines Staates nur begrenzt weiter, einen solchen Konflikt zu lösen. Allerdings sei ausdrücklich hervorgehoben, dass die Unverletzlichkeit einmal gezogener und anerkannter Grenzen damit nicht in Abrede gestellt werden soll; diese Unverletzlichkeit ist vielleicht die größte Errungenschaft seit dem 2. Weltkrieg.

An dieser theoretischen Diskussion lässt sich jedoch auf jeden Fall eines erkennen: auch die Wissenschaft zeigt im Hinblick auf den Ukraine Konflikt nicht in eine definierte Richtung.

5. Die Medien

Vielfach ist auf die Medien eingepregelt worden, dass diese sich zu negativ gegenüber Russland äußerten. Eine solche Presseschelte ist grundsätzlich vor dem Hintergrund der Pressefreiheit

⁹ Jörg Baberowski: Zwischen den Imperien. Die Zeit, 13.3.2014.

¹⁰ Wendland, Hilflos im Dunkeln, Osteuropa, 9-10, 2014.

abzulehnen. Allerdings muss man feststellen, dass sich zu jedem politischen Thema in der Regel zwei Lager herausbilden: zum einen die eher eine konservative Sichtweise vermittelnde Medien und zum anderen die Presse, die tendenziell linke Positionen vertritt. Dies gilt auch bei ausländischen Themen (Beispiel: Griechenland). So entwickeln sich in der Presselandschaft normaler Weise zwei gegensätzliche Standpunkte, die eine Betrachtung aus verschiedenen Blickwinkeln ermöglicht.

Bei Russland aber scheint die bipolare Sichtweise nur eingeschränkt zu funktionieren: begonnen bei der konservativen Presse, über die liberale bis hin zu linken Publikationen finden sich mit einigen Ausnahmen wie etwa bei der Veröffentlichung des Aufrufs in der „Zeit“ kaum Darstellungen, welche die russische Sichtweise widerspiegeln. Beispiel ist etwa, dass in der FAZ der erwähnte Aufruf der Elder Statesmen, behutsam mit Russland zu verfahren, nicht einmal Erwähnung fand, sondern nur die Entgegnung eines ukrainischen Dissidenten.¹¹ Auch Aufrufe, die Ukraine gehöre in die Nato¹², oder man solle wieder atomare Abschreckung¹³ nachdenken, gehören in diese Kategorie.

Die Begründung für diese bisweilen fehlende Bipolarität ist womöglich darin zu suchen, dass die Russlandkritiker sich über das gesamte politische Spektrum erstrecken; und mit ihnen die Medien.

III. Die „Russlandversther“

Umgekehrt stellt sich nun die Frage, aus welchen gesellschaftlich relevanten Gruppen sich nun die „Russlandversther“ rekrutieren und wie deren Motivation zu beurteilen ist

1. Wirtschaft und Ihre Vertreter

Tatsächlich ist die Wirtschaft wohl schon seit Jahren das Einzige, was wirklich zwischen Russland und Deutschland bis zuletzt noch wirklich gut funktioniert hat. Mit über 6.000 in Russland niedergelassenen deutschen Firmen und einen Exportvolumen von immer noch um die 30 Milliarden Euro gilt Russland als wichtiger Pfeiler der deutschen Wirtschaft.¹⁴

Daher ist es nachvollziehbar, wenn die Wirtschaft über Organisationen wie den Ostausschuss der deutschen Wirtschaft immer wieder versucht und versucht hat, Sanktionen gegen Russland zu bremsen. Darüber hinaus ist es sehr fraglich, ob die bisherigen Sanktionen geeignet sind, Russland zu einer Änderung seiner Politik zu bewegen. Die Sanktionen gegen einzelne Personen in Russland (Einreiseverbote, Kontensperrungen etc.) haben eher symbolischen Charakter. Die Sanktionen, die

¹¹ http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wieder-ein-krieg-in-europa-wer-solche-feinde-hat-braucht-keine-freunde-mehr-13368029.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

¹² Siehe Beitrag von Gutschker, <http://www.faz.net/aktuell/politik/krim-krise-die-ukraine-gehört-in-die-nato-12848515.html>.

¹³ Beitrag von Wolf, FAZ, 5.3.2015

¹⁴ <http://www.ost-ausschuss.de/node/826>; <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/russland-sanktionen-wir-schaden-uns-zunehmend-selbst/10698296.html>.

nach der EU/VO 833/14 so genannte Dual-Use Güter betreffen, wirken sich vor allem negativ auf den deutschen Maschinenbau-Export aus, indem viele Produkte nicht mehr ausgeführt werden dürfen und darüber hinaus eine Verunsicherung der Unternehmen eintritt.

Die gegenwärtige Rubelschwäche und damit auch Wirtschaftskrise Russlands ist allerdings eher auf den dramatisch gefallen Ölpreis zurückzuführen, da sich Russland zu einem großen Teil über die Einnahmen der staatlichen Unternehmen aus dem Öl- und Gasgeschäft finanziert.¹⁵ Schließlich haben die Sanktionen auch den Nachteil, dass sie zu Gegenreaktionen Russlands und vor allem zu einer Solidarisierung innerhalb der russischen Bevölkerung geführt haben.

Insoweit ist die Haltung der deutschen Wirtschaft verständlich. Allerdings muss sie sich ebenfalls Fehler entgegenhalten lassen. Wissend um ihre Bedeutung, hätten alle die Wirtschaft vertretenden Organisationen, so etwa der BDI, eine klare und unter den maßgeblichen Verbänden abgestimmte Haltung zeigen müssen: zunächst kritisierte man die Sanktionen, dann versteckte man sich hinter dem „Primat der Politik“, dann wiederum hörte man wiederum von verschiedenen Seiten der Wirtschaft, es müsse mal gut sein mit den einseitigen Sanktionen. Aber auch in Ablehnung der Sanktionen ist die Haltung der maßgeblichen Verbände nicht immer einheitlich.

Hierdurch fehlte der Wirtschaft gegenüber der Politik teilweise die Schlagkraft, um wirklich mitzugestalten. Auch ist das Argument des „Primates der Politik“ insofern vorgeschoben, da Politik Gesetze macht, an die sich die Wirtschaft zu halten hat, so etwa vor allem an das Außenwirtschaftsgesetz. Insofern handelt es sich nicht um ein freiwilliges Primat der Politik, man hält sich schlicht an die Gesetze. Allerdings wäre es die Aufgabe der Wirtschaft, im Vorfeld von Maßnahmen einzuwirken.

2. Die Linke

Die Wirtschaft erhält bei Thema Russland eine für sie ganz ungewohnte Rückendeckung, nämlich von politisch eher links orientierten Personen, insbesondere von Mitgliedern der linken Partei.¹⁶ Ohne Rücksicht auf sonstige Positionen, schlägt sich die Linke auf die Seite der Sanktions-Kritiker. Allerdings ist die Motivation eine andere. Zum einen ist die Linke immer noch eine Partei, welche die Interessen früherer DDR-Bürger im Blick hat, denen es in der ostdeutschen Republik durchaus gut ging und die vor dieser Seite her auch eine positivere Einstellung zur damaligen Besatzungsmacht, der Sowjetunion und den Russen haben. Mehr noch, diese Bevölkerungsgruppen leben in dem Selbstverständnis, wesentlich besser die Befindlichkeiten Russlands nachvollziehen zu können. Man

¹⁵ Das russische Budget basierte im Jahr 2014 zu einem Teil von ca. 48 % auf den Gas- und Öleinnahmen, vgl. <http://www.vestifinance.ru/infographics/4003>;
<http://lf.rbc.ru/recommendation/other/2014/06/23/241282.shtml>.

¹⁶ Siehe Interviews mit Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch , <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/sanktionen-gegen-russland-kontraproduktiv/>;
http://presse.phoenix.de/news/pressemitteilungen/2015/02/20150203_UdL_Bartsch/20150203_UdL_Bartsch.phtml.

sieht Faktoren wie die NATO-Osterweiterung als Provokation Russlands und macht das Unverständnis des Westens und die auf ihre eigenen Interessen gerichtete Politik der USA für die Misere zumindest mitverantwortlich.

Problematisch ist dabei, dass die Vertreter dieser Position häufig die Fehler, Überreaktion und auch zynische Machtpolitik Russlands ausblenden. Sicherlich trifft den Westen an der gegenwärtigen Situation eine Mitverantwortung, insbesondere im Hinblick auf das jahrelange Vorantreiben des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine ohne aktive Einbeziehung Russlands. Bei aller Kritik am Westen dürfen auf der anderen Seite die erheblichen Völkerrechtsverstöße Russlands nicht bagatellisiert werden.

3. Russlandexperten, die Russland positiv gegenüber stehen

Es existiert eine Gruppe von „Russlandverstehern“, die sich durchaus aus Experten rekrutiert, ohne dass diese ein wirtschaftliches Interesse an Russland haben. Diese Spezialisten zeichnet im Wesentlichen aus, dass sie der russischen Sprache zumindest ansatzweise mächtig sind, in Russland gelebt haben und sich journalistisch, politisch oder wissenschaftlich mit Russland befassen und versuchen, sich in die russische Gefühlslage einzudenken. Vertreter dieser Gruppe sind Frau Gabriele-Krone Schmalz¹⁷ und Matthias Platzeck, denen auch bereits eine einseitige, pro-russische Sichtweise vorgeworfen wurde.

Dieser Vorwurf kann bisweilen dadurch verfangen, dass sie auch zu leichtfertig über die Völkerrechtsverstöße Russlands hinweggehen und Verstehen-Wollen mit Rechtfertigung russischer Politik verwechseln. So musste Platzeck öffentlich zurückrudern, als die Ausblendung der Annexion der Krim aus den weiteren Diskussionen mit Russland und damit faktisch die Anerkennung dieser Okkupation in den Raum stellte. Diese Überlegung mag realpolitisch nicht abwegig sein. Selbst wenn zurzeit keiner im Ernst annehmen wird, dass die Krim wieder an die Ukraine von Russland zurückgegeben wird, so darf man einen offenkundigen Verstoß gegen das Völkerrecht nicht so einfach „heilen“. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Lage setzen sich diese Experten zu schnell dem Vorwurf der Parteinahme zugunsten von Russland aus.

4. Die Verschwörungstheoretiker und Antiamerikanisten

Eine besondere, eher unrühmliche Blüte der „Russlandverstehere“ sind die Verschwörungstheoretiker und Antiamerikanisten. Sie sehen hinter der Ukraine-Krise einen großen Komplott der USA, dem sich die Europäische Union aufgrund von Führungsschwäche und mangels Erkenntnis nicht zu widersetzen vermag. Dieser Komplott wird nach Meinung dieser Gruppe auch noch sekundiert

¹⁷ Siehe etwa Gabriele Krone-Schmalz „Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens“ http://www.krone-schmalz.de/pages/catalog/russland-verstehen17.php?cat_id=1&number=0.

durch quasi-gleichgeschaltete westliche Medien, die ausschließlich antirussische Ressentiments bedienen.¹⁸

Wenn auch Kritik am Verhalten des Westens und der Presse bisweilen gerechtfertigt sein mag, so schießen diese Verschwörungstheoretiker meilenweit über das Ziel hinaus und machen sich unglaublich und lächerlich. Da werden neben nicht beweisbaren Behauptungen einer globalen amerikanischen Verschwörung auch schlicht Unwahrheiten offeriert, so dass die Ukraine einzig ein von der westlichen Welt aufrechterhaltenes Konstrukt sei, um Russland zu schwächen. Durch solche Darlegungen, die zwangsläufig der Gruppe der „Russlandverstehender“ zugerechnet werden, werden seriöse Meinungsäußerungen aus dieser Richtung gefährdet. Insofern ist diese Art der Radikalisierung nicht nur nicht hilfreich, sondern ausgesprochen schädlich für alle, die gegenüber Russland eine vermittelnde Haltung einnehmen wollen.

IV. Phalanx gegen Phalanx: Starrheit, Unwissenheit, fehlende Forschung

So stehen sich Russlandgegner und „Russlandverstehender“ scheinbar unversöhnlich gegenüber – wenn auch aus verschiedenen Begründungen. Die Verschiedenartigkeit der Motivationen führt zu der eigenartigen Koalitionsbildung, welche die üblichen parteipolitischen Schemata und die Einordnung in Konservative und Linksgerichtete sprengt.

Kaum ein Thema scheint so zu polarisieren, wie die Haltung zu Russland, was sich wahrscheinlich nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch historisch herleiten lässt. Und daher kann man über dieses Thema auch leichter mediale Bekanntheit erlangen.

Wenn man Konferenzen und Talkrunden im Fernsehen beobachtet, so scheint die Verständigung zwischen den beiden Lagern der „Russlandverstehender“ und Russlandgegner nur sehr schwer möglich. Alle beharren auf ihren Positionen, was unter anderem auch daher rührt, dass man sich in der Regel nur im Kreise gleichgesinnter austauscht. Die Argumente werden weitgehend schematisch abgespult, die Fronten sind festgefahren, ein wirkliches Eingehen auf die Position des jeweilig anderen ist nicht zu finden. Dabei gäbe es zur Anlass zur Kompromiss, denn alle Meinungsrichtungen weisen Schwächen in der Argumentation auf.

Einer der Gründe für diese Statik der Diskussion ist bisweilen auch fehlendes Hintergrundwissen der Protagonisten der verschiedenen Parteien und die fehlende Möglichkeit als auch Bereitschaft, sich in die über den eigenen Wirkungskreis hinausgehende Kenntnisse anzueignen, so dass gerade während der Ukraine-Krise Russland- und Ukraine-Experten jeder politischer Couleur aus dem Boden schossen. Das Problem beginnt häufig schon damit, dass viele aus den Reihen sowohl der

¹⁸ Mathias Bröckers/Paul Schreyer: Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2014. 208 S.

„Russlandverstehler“ als auch der Russlandgegner kaum oder überhaupt nicht Russisch geschweige denn Ukrainisch sprechen und sich somit immer nur aus zweiter Hand in die Abläufe und vor allem in die Gefühlslagen eindenken können.

Aber auch die Osteuropa-Experten auf der nächsten Ebene stehen vor dem Problem, dass sie in der Regel nur auf ihr Fach (also Politik, Geschichte etc.) spezialisiert sind und somit leicht die anderen relevanten Aspekte aus dem Blick verlieren. Beispielsweise gehen Osteuropa-Historiker die Krise vor allem von dem Hintergrund der historischen Entwicklung der Ukraine an und fordern hieraus resultierend die Unterstützung der freiheitlich orientierten und pro-westlichen Kräfte, auch durch Sanktionen gegen Russland. Allerdings verlieren sie dabei die realen Konsequenzen von Sanktionen gegenüber Russland aus dem Auge, so etwa, dass diese nicht nur die russische Wirtschaft treffen, sondern auch die deutsche und langfristig mehr Schaden als Nutzen bringen können. Umgekehrt lassen sich auch Vertreter der Wirtschaft häufig nur von wirtschaftlichen Überlegungen leiten und verlieren das politische und historische Gesamtbild aus dem Blickfeld, was sich langfristig auch wieder negative für das Geschäft auswirken kann. Diese fehlende Interdisziplinarität führt insofern häufig zu einem Gegeneinander.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass in den letzten 15 bis 20 Jahren die Osteuropaforschung immer stärker zurückgefahren wurde, wobei Deutschland zumindest in Europa immer eine Vorreiterposition in dieser Disziplin einnahm. Die Folgen dieser fehlenden Unterstützung der Ostforschung, insbesondere in den Fächern Jura und Wirtschaftswissenschaften mit Bezug auf Russland oder andere osteuropäische Staaten, hat dazu geführt, dass es schlicht an qualifiziertem Nachwuchs wie auch Personal insgesamt fehlt, so dass sich ein Vakuum ergibt. Dieses wird dann wiederum aufgefüllt von den bereits erwähnten Russland- oder Ukraine-Experten, welches dieses Expertentum sich nicht von der Pike auf und bisweilen oberflächlich angeeignet haben.

Mittlerweile hat die Bundesregierung erkannt, dass hier ein großer Nachholbedarf besteht, was im Koalitionsvertrag bereits festgeschrieben war.¹⁹ Daher hat man sich entschieden, wieder ein neues Ostinstitut aufzubauen, um wissenschaftliche fundierte und unabhängige Kenntnisse über die politischen, wirtschaftlichen und juristischen Strukturen Osteuropas und vor allem Russlands zu generieren.²⁰ Die Absicht für die Errichtung eines solchen Institutes ist grundsätzlich begrüßenswert, zumal der designierte Chef Hans-Henning Schröder²¹ ein anerkannter und ausgewiesener Osteuropa-Experte ist. Auf der anderen Seite wirken diese Bemühungen, ein neues Institut zu schaffen, etwas hektisch und unüberlegt. Warum, fragt man sich, nutzen wir nicht die vorhandenen Ressourcen in Form von Forschungsinstituten, etwa der Universitäten Köln, Hamburg, Regensburg oder Wismar,

¹⁹ Vgl. Abschnitt 7 des Koalitionsvertrages unter „Offener Dialog und breite Zusammenarbeit mit Russland“ http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=8AC1DFC8A065954C0D0D2283779E00C3.s3t1?_blob=publicationFile&v=2.

²⁰ <http://www.wiwo.de/politik/ausland/auswaertiges-amt-neues-institut-widmet-sich-russland-forschung/11288638-all.html>.

²¹ Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, Lehrbeauftragter.

um neue Erkenntnisse zu generieren? Die im Koalitionsvertrag versprochenen Mittel werden nunmehr fast zur Gänze in ein vollkommen neues Institut gepumpt, was dazu führt, dass die alteingessenen Institute, die auch von staatlicher Förderung abhängen, weitgehend leer ausgehen und um ihr Überleben fürchten müssen.

Abgesehen von der Lage in der Forschung verhindert die Pattsituation zwischen den beiden in Deutschland bestehenden monolithischen Blöcken der „Russlandverstehler“ und Russlandgegner die Entwicklung neuer Lösungsansätze. Bislang ist von westlicher Seite außer Sanktionen kein strategischer Vorschlag gekommen, der – insbesondere für die Ukraine – eine langfristige Perspektive eröffnete. Beispiel hierfür wäre etwa der Vorschlag für eine föderale Struktur der Ukraine, die den ostukrainischen Gebieten eine gewisse Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Kiew ermöglichen würden.

Kurz: wie sollen wir eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine erwarten, wenn sich hierzulande nicht einmal „Russlandverstehler“ und Russlandgegner konstruktiv miteinander verständigen können?